



Pressemitteilung

16. April 2009

Der CDU-Bildungsexperte Uwe Schummer MdB fordert einen „Schutzschirm für Auszubildende.“

Die Weltwirtschaftskrise“ führe in diesem Jahr zu einem „Rückgang an Ausbildungsplätzen. In einigen Regionen beträgt er nach Angaben der Agentur für Arbeit bis zu 20 %. Unternehmen, die verunsichert sind, bilden weniger aus. Sie wollen sich nicht drei Jahr an einen Menschen binden. Wenn dann der Aufschwung kommt, fehlen die Fachkräfte, was ebenso zu Auftragsverlusten führt. Deshalb muss dieser Teufelskreis durchbrochen werden,“ so Uwe Schummer, der auch stellvertretender Vorsitzender des CDU/CSU-Arbeitnehmerflügels im Deutschen Bundestag ist.

Uwe Schummer: „Für die Berufsausbildung ist originär die Wirtschaft und subsidiär die Politik zuständig.“ So könne ein zwischen Bund, Ländern, Kammern und Sozialpartnern vereinbarter Schutzschirm garantieren, dass bei „wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines ausbildenden Unternehmens für die Weiterbeschäftigung des Auszubildenden ein Bonus gezahlt“ wird. Als „zweite Stufe“ sollte „die Kammer sicherstellen, dass bei der Insolvenz eines Ausbildungsbetriebes ein anderes Unternehmen die Ausbildung zu Ende führt.“ Ist auch dies nicht möglich, könnte die „verbleibende Ausbildungszeit bis zur Kammerprüfung in einer außerbetrieblichen Werkstatt stattfinden.“

Uwe Schummer: „Dieser dreistufige Schutzschirm für Auszubildende würde den Betrieben und den Auszubildenden helfen, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage, einen Ausbildungsvertrag einzugehen. Da etwa 80 % der Gelder für den Ausbildungsbonus nicht abgerufen wurden, ist die Finanzierung aus den hierfür vorgesehenen Mitteln kostenneutral möglich.“+++